

L AKTUELL

LINKSDRUCK

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

23./24. Januar 2013

STARTGEDANKEN

Neu anpacken – gründlich

So viel Hohn und Spott und Fassungslosigkeit zu Jahresbeginn. Das Flughafen-Desaster hat den Ruf der Region Brandenburg-Berlin und ihrer Politiker_innen ebenso beschädigt wie das Image der beteiligten Konzerne. In Potsdam blieb uns das Lachen im Halse stecken, aber

Brandenburg packt die Sache jetzt an. Mit der Kraft der rot-roten Koalition. Gründlich – verborgene Fehler darf es nicht wieder geben. Jetzt muss alles stimmen. Die Arbeit wird neu organisiert, wer schuldhaft gehandelt hat, wird zur Verantwortung gezogen. Und es braucht einen tragfähigen Konsens für dieses teure Projekt am falschen Flughafenstandort. Das Geld für den Schallschutz ist da, jetzt muss er

auch vollständig kommen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass noch mehr Nachtruhe – und nicht nur am BER – möglich wird. Noch einmal stellen wir jetzt auf den Prüfstand, ob sich etwas verbessern lässt.

Christian Görke
Fraktionsvorsitzender



WOHNUNGSBAU

Starke Städte für Brandenburg

Drei wesentliche Aspekte motivierten uns LINKE, den Antrag „Starke Städte für Brandenburg“ (DS 5/6646) mit unserem Koalitionspartner einzubringen: Zuerst eine Lernbotschaft: Die Stärkung der Städte entscheidet, im Zusammenwirken mit den Verbindungen von Stadt und Land, den regionalen Beziehungen und damit der Vertiefung des Miteinanders von Städten und ländlichem Raum im Flächenland Brandenburg über die Zukunftsfähigkeit des ganzen Landes. Daher ist es folgerichtig, diesen Zusammenhang in den strategischen Ansätzen, sowohl bei den klassischen Instrumenten der Städtebauförderung wie auch bei den europäischen Fördermöglichkeiten (EFRE, ELER und ESF) praktikabel umzusetzen. Dies gilt vor allem mit Blick auf die neue Förderperiode.

Zweitens hat Brandenburg wie kein anderes Bundesland die besondere Situation einer ungleichmäßigen, diversifizierten regionalen Entwicklung. Sehr oft wird sie zu

grob und zu unscharf unterteilt in Speckgürtel und erweiterten Metropolitanraum. Zugleich ist es notwendig und obendrein ein Verfassungsgebot, dass in allen Brandenburger Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse zu gestalten sind. Das bedeutet zunächst, auf die Unterschiedlichkeit der Regionen einzugehen und die Förderung entsprechend den unterschiedlichen Ausgangslagen flexibel zu gestalten.

Drittens rückt, bei insgesamt steigenden Lebenshaltungskosten, die Sicherung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum für die Bürger_innen in allen Städten in den Fokus. Nur den wirtschaftlichen Aspekt zu betrachten, ist Gift für die Stadtentwicklung. Beim Aufrechnen ist abzuwägen, wie wertvoll der Erhalt des sozialen Ausgleichs bei einer gesunden „Quartiersmischung“ ist. Städtebauförderung wird vorrangig in der Bestandspflege sowie maßvoll für Neubauvorhaben einzusetzen sein. Ebenso brauchen wir die



gesamtdeutsche Finanzierung der Wohnraumförderung. Diese wird in Brandenburg im Dialog mit allen Akteuren als Landesaufgabe zielgenau und mit Aktivierung des Landeswohnungsvermögens gestaltet. Es gibt bereits gute Beispiele flexibler Mietpreis- und Belegungsbindung vom Brandenburgischen Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) und kommunalen Wohnungsgesellschaften. Ebenso dringend benötigen wir die Fortführung des Bundesprogramms „Soziale Stadt“. Das brandenburgische Infrastrukturministerium soll im Herbst dazu einen Stadtentwicklungsbericht vorlegen.

Axel Henschke
Sprecher für
Stadtentwicklungs-, Bau-
und Wohnungspolitik



Neues Brandenburgisches Behindertengleichstellungsgesetz



Der Landtag hat nach mehr als zwei Jahren öffentlicher Diskussion ein neues Behindertengleichstellungsgesetz verabschiedet. Mit ihm werden Regelungen eingeführt, um welche gerade die Betroffenen lange gestritten haben. Dazu gehört vor allem, dass dem Gesetz die UN-Behindertenrechtskonvention direkt zugrunde gelegt und sein Geltungsbereich auf die Kommunen ausgeweitet wird. Das Gesetz gilt nun also auch genau dort, wo die Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben.

Eine große Errungenschaft ist die Kostenübernahme der Gebärdensprachdolmet-

schung durch das Land. Sie gilt nun auch für den Bereich Kindertagesstätten und Schulen. Zur Durchsetzung des neuen Gesetzes und der UN-Behindertenrechtskonvention brauchen wir eine_n starke_n Landesbehindertenbeauftragte_n. Diese Person muss Impulse geben, koordinieren und vor allem kontrollieren. Dafür werden ihr mehr Rechte eingeräumt als bisher. Die beauftragte Person ist nunmehr weisungsunabhängig und ressortübergreifend tätig. Zudem hat sie das Recht, Akteneinsicht einzufordern und Auskünfte einzuholen, wenn dies im Einzelfall erforderlich ist.

Das Gesetz räumt Menschen mit Behinderungen mehr Rechte ein. So fand die so genannte Beweislastumkehr Eingang in das Gesetz. Künftig muss in einem Streitfall die Gegenseite die Vermutung einer glaubhaft gemachten Diskriminierung widerlegen und nicht der Betroffene eine etwaige Diskriminierung nachweisen.

Das Gesetz kann als ein sehr wichtiger

Schritt in Richtung Inklusion bezeichnet werden. Ich hoffe, dass der Schwung und die gemeinsam gesammelten Erfahrungen genutzt werden, um weitere Schritte in Richtung Inklusion zielstrebig anzugehen. Dem Landesgleichstellungsgesetz kommt sicher eine zentrale Rolle zu; es kann und darf jedoch nicht das einzige Gesetz bleiben, welches auf die Bestimmungen der UN-Konvention hin überprüft bzw. angepasst wird.

Jürgen Maresch
Sprecher für
Behindertenpolitik



L **EXKURS**
Tiefer ins
Thema ein-
steigen?
Unter
„L-Exkurs“ gibt es
mehr Informationen.
Einfach per Handy
QR-Code scannen.



„Braune Spree“: Landtag für Sofortmaßnahmen



Die Verockerung der Spree und der südlichen Spreewaldzuflüsse nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an. Ursache sind Eisenhydroxide, die aus den ehemaligen Braunkohlebergbaugebieten über das Grundwasser in die Fließe gelangen. Auch

der Sulfatgehalt steigt, was zur Gefahr für die Trinkwassergewinnung entlang der Spree werden kann. Der Landtag hat in einem Entschließungsantrag aller Fraktionen darauf gedrängt, Sofortmaßnahmen zur Eindämmung der Verockerung zu ergreifen – etwa die Wiederinbetriebnahme von Grubenwasserreinigungsanlagen und von Absatzbecken. Die weitere Maßnahmenplanung soll unter Beteiligung der betroffenen Kommunen und Verbände wie dem Aktionsbündnis „Klare Spree“ vorangebracht wer-

den. Der Sanierungsträger LMBV muss den Maßnahmen eine hohe Priorität einräumen. Nach Auffassung der LINKEN muss für den aktiven Bergbau abgesichert werden, dass derartige unerwartete Folgeschäden vom Bergbaubetreibenden übernommen werden.

Carolin Steinmetzer-Mann
Sprecherin für Umwelt-
und Abwasserpoleitik



Neustrukturierung der Hochschulregion Lausitz beschlossen

Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes hat die rot-rote Koalition die Voraussetzungen geschaffen, die Wissenschaftslandschaft in der Lausitz weiterzuentwickeln bzw. neu zu gestalten. DIE LINKE hat nach langen Überlegungen und intensiven Debatten dieses Projekt mitgetragen, weil sie darin einen gangbaren Weg sieht, die Wissenschaftslandschaft in der Lausitz künftigen Erfordernissen anzupassen. Dazu zählen der demografische Wandel, die Auswirkungen des Bologna-Prozesses, eine stärkere Profilierung der Hochschulen und die finanziellen Rahmen-

bedingungen des Landes. Auf Initiative der LINKEN konnte der Gesetzentwurf in einigen Punkten im Sinne der Betroffenen verbessert werden.

Der durch das Gesetz vorgezeichnete Weg enthält aus unserer Sicht zahlreiche Chancen, wengleich wir auch die Risiken nicht übersehen. Es wird entscheidend mit da-



rauf ankommen, ob die Beteiligten vor Ort, die Professor_innen, Mitarbeiter_innen und die Studierenden, bereit sind, ihre Skepsis aufzugeben und den Prozess der Neugründung konstruktiv mitzugestalten.

Darüber hinaus sehen wir die Landesregierung und die rot-rote Koalition in der Pflicht, den Neugründungsprozess bestmöglich zu unterstützen.

Peer Jürgens
Sprecher für
Wissenschafts- und
Forschungspolitik



NACHGEFRAGT **BER: Starkes Signal für mehr Nachtruhe**

Interview mit **Kornelia Wehlan** · Verkehrspolitische Sprecherin

» **Wie ist der Stand zum Volksbegehren?**

Das Volksbegehren ist ein starkes Signal für mehr Nachtruhe und für die Gesundheit der Menschen am künftigen Flughafen. Das unterstützt DIE LINKE und wir erörtern dazu alle rechtlichen, bundes- und landespolitischen Möglichkeiten. Der Landtag hat das Volksbegehren jetzt an den zuständigen Fachausschuss übergeben. Der Ausschuss für Infrastruktur und Landwirtschaft erarbeitet die Stellungnahme für die Landtagssitzung im März. Am 21. Februar ist die Anhörung der Sachverständigen und Vertreter des Volksbegehrens im Ausschuss.

» **Welche Möglichkeiten seht Ihr?**

Wir sind dazu im Gespräch mit den Initiatoren des Volksbegehrens. Sie sind



die Verfahrensbevollmächtigten für einen Kompromiss. Sollte es keinen Kompromiss geben, der Landtag aber Handlungsbedarf für mehr Ruhe in der Nacht sehen, kann er auch einen eigenen Vorschlag alternativ zur Abstimmung beim Volksent-

scheid stellen.

» **Nun gibt es einen Sonderausschuss BER...**

Aus Sicht der LINKEN ist der Sonderausschuss ein geeignetes Instrument für mehr Transparenz, Offenheit und Öffentlichkeit. Wir wollen die Fragen Baufortschritt, Lärmschutzprogramm, Gesundheitsschutz und Finanzierung in einem Ausschuss bündeln. Parteien-Hick-Hack bringt da nichts – schon gar nichts für die betroffene Region. Der Landtag hat sich zu einer aktiv unterstützenden und nach vorn ausgerichteten Arbeitsweise verständigt. Für das schleppende Schallschutzprogramm kann das nur gut sein.



Sicherungsverwahrung wird neu geregelt



Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 4. Mai 2011 die Unterbringung der Sicherungsverwahrten, so wie sie in Deutschland erfolgt, für verfassungswidrig erklärt. Das Gericht forderte die Länder auf, bis zum 31. Mai 2013 ein Gesamtkonzept der Sicherungsverwahrung zu beschließen.

Justizminister Dr. Volkmar Schöneburg (DIE LINKE) hat nun den Gesetzentwurf im Landtag vorgestellt. Ziel des Gesetzes ist es, die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts umzusetzen. Dazu gehört in erster Linie die Umsetzung des Abstandsgebotes. Dies bedeutet die deutlich getrennte Unterbringung der Sicherungsverwahrten vom allgemeinen Strafvollzug. Denn der Vollzug der Sicherungsverwahrung hat sich vom allgemeinen Strafvoll-

zug deutlich zu unterscheiden. Es ist ein Vollzugsplan umzusetzen, der nach einer schnellen, umfassenden Behandlunguntersuchung zu erstellen ist. Entscheidend wird es sein, alle Behandlungs-, Bildungs- und sonstige Maßnahmen in diesen Plan aufzunehmen, die den Sicherungsverwahrten helfen, Risikofaktoren zu minimieren – um Fortschritte in Richtung einer Entlassung zu ermöglichen.

Gleichwohl sind für nicht therapierbare oder therapieunwillige Gefangene solche Bedingungen zu schaffen, die nach innen eine größtmögliche Freiheit, nach außen jedoch eine größtmögliche Sicherheit für die Bevölkerung gewährleisten. Die Gefährlichkeit der untergebrachten Person ist dabei immer zu beachten. Aber nur ein Vollzug, der auf die Erreichung der Freiheit hinarbeitet, kann der Verfassung genügen.

Margitta Mächtig
Sprecherin für Justiz- und Rechtspolitik



Abgeordnetengesetz

Seit 2007 hat Brandenburg objektive Kriterien für Abgeordnetenentschädigung und allgemeine Kostenpauschale. Als eines der ersten Länder haben wir die Entwicklung der Abgeordnetenentschädigungen von der Einkommensentwicklung im Land abhängig gemacht; Ausgangspunkt ist eine vom Statistischen Landesamt erhobene offizielle Messzahl, in die die Einkommensentwicklung für eine Vielzahl von Zweigen der Volkswirtschaft einfließt – gewichtet nach der Zahl der Beschäftigten. Steigerungen oder Absenkungen der Kostenpauschale orientieren sich hingegen am Verbraucherpreisindex des Vorjahres. Ausgangspunkt ist dabei ein offiziell erhobener „Warenkorb“, der alle von den Konsumenten am häufigsten gekauften Waren und Dienstleistungen enthält. Diese Regelungen des Abgeordnetengesetzes machen die Entscheidung des Landtages nicht nur transparent, sondern auch nachvollziehbar. Denn: Die Einkommen in Brandenburg haben sich im Durchschnitt im Jahr 2011 um 3,2 Prozent entwickelt - die Ausgaben für den Warenkorb haben sich von Januar 2011 bis Januar 2012 um 2,2 Prozent erhöht. Dementsprechend erhöht sich die Abgeordnetenentschädigung ab 1. Januar um 3,2 % (147 Euro) und die allgemeine Kostenpauschale (Zuschuss für die Wahlkreisarbeit) um 2,2 % (14 Euro).

Thomas Domres
Parlamentarischer Geschäftsführer

Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

◀ **Antrag** zum Thema: zum Thema:
Starke Städte in Brandenburg
Drucksache 5/6646 · **angenommen**

◀ **Antrag** zum Thema: Einsetzung
eines Sonderausschusses BER
(Mit Antragstellerin: FDP-Fraktion)
Drucksache 5/6648 · **2. Neudruck
angenommen**

◀ **Antrag mit Wahlvorschlag** der
LINKEN zur Wahl eines stellvertre-
tenden Mitgliedes des
Landesjugendhilfeausschusses
Drucksache 5/6691 ·
René Kretzschmar wurde gewählt

◀ **Entschließungsantrag** zu dem
Gesetzentwurf der Landesregierung
Gesetz des Landes Brandenburg zur
Gleichstellung von Menschen mit
Behinderungen (Brandenburgisches
Behindertengleichstellungsgesetz
– BbgBGG), Drucksache 5/5832:
Teilhabemöglichkeiten von
Menschen mit Behinderungen
verbessern
Drucksache 5/6700 · **angenommen**

◀ **Entschließungsantrag** zur
Aktuellen Stunde der FDP „Ener-
giepolitik als Scharnier zwischen
Wirtschafts- und Sozialpolitik be-
greifen – Strompreise stabil halten!“
(Drucksache 5/6693): Energiewen-
de sozial gestalten – Die Kosten
des Umbaus der Energieversorgung
gerecht verteilen!
Drucksache 5/6737 · **angenommen**

◀ **Entschließungsantrag** aller
Fraktionen zur Aktuellen Stunde auf
Antrag von Bündnis 90/Die Grünen:
“Verockerung der Spree – Gefahren
für die Fließgewässer und den
Spreewald eindämmen“
(DS 5/6694)
Drucksache 5/6756 · **angenommen**

Internet-Tipp: Die Anträge und De-
batten im Parlament als Videos:
[www.rbb-online.de/imparlament/
index.html](http://www.rbb-online.de/imparlament/index.html)

Energiewende sozial gestalten!



Die anstehenden Strompreiserhöhungen können die Akzeptanz der Bürger_innen und der mittelständischen Wirtschaft für die Energiewende gefährden: Bezahlbare Strompreise müssen für alle gewährleistet werden. Wenn jetzt nicht endlich die soziale Dimension der Energiewende ins Zentrum des politischen Handelns gerückt wird, besteht die Gefahr, dass sie scheitert. Ohne breite Zustimmung in der Bevölkerung und bei der Wirtschaft wird der ökologische Umbau der Energieversorgung nur schwerlich gelingen. Energie gehört für DIE LINKE zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine Versorgung mit Strom ist zentral für ein menschenwürdiges Wohnen und die gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb fordern wir:

■ Der Strompreisanstieg aufgrund der Umlage des Erneuerbare Energien-Gesetzes (EEG) könnte durch die Abschaffung der Stromsteuer kompensiert werden.

■ Die Einführung bundesweiter Sozialtarife für Strom: Darüber hinaus müssen die bestehenden Transfersysteme, zum Beispiel zur Grundsicherung, angepasst werden.

■ Abwrackprämie für Stromfresser: Der Erwerb von Energiespargeräten darf nicht

an der Geldbörse scheitern.

■ Die Befreiungen bzw. Ermäßigungen großer Unternehmen bei EEG-Umlage und Netzentgelten zu Lasten der privaten Haushalte, des Handwerks und des Mittelstands müssen abgebaut werden. Lediglich wenige, notwendige Ausnahmen für besonders energieintensive Betriebe, die im internationalen Wettbewerb stehen, sind – nur im Umfang der tatsächlichen Konkurrenzsituation – zu genehmigen.

■ Die auf die Mieter umzulegenden Kosten für die energetische Gebäudesanierung müssen begrenzt werden, um soziale Härten zu vermeiden.



Thomas Domres
Sprecher für Energiepolitik

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und
Freunde informieren können:

↳ nach dem Lesen weiterreichen!



Die Fraktion bei Facebook:
[https://www.facebook.com/
linksfraktion.brandenburg](https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg)

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Am Havelblick 8 · 14473 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 05
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

PORTRAITS DIE LINKE LTF BRB / Liebe

FOTOS Kräne: osawa/photocase.de, Rollstuhl: careaux mit o./photo-
case.de, Analyse: Gabriela Gattaneo/photocase.de, Mikroskop: c-mone/
photocase.de, Flug: benni_S47/photocase.de, Steckdose: spacejunkie/
photocase.de, Gruppe: DIE LINKE LTF BRB

LAYOUT; GRAFIK, SATZ: Döring & Waesch, Perleberg; LTF
AUFLAGE 10 000 Stück

DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus,
Potsdam-Rehbrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (Mdl)

Gelebte Freundschaft



Zum 50-jährigen Jubiläum der deutsch-französischen Freundschaft besuchte uns eine gemischte Delegation beider Länder, organisiert von der Deutsch-Französischen Gesellschaft Premnitz. Spontan kam es zum Foto mit Ministerpräsident Matthias Platzeck (Mitte) und DIE LINKE-Fraktionsvorsitzenden Christian Görke (2.v.l.).

Mit dem Smartphone
QR-Code einscannen und
direkt zur Internetpräsenz
der Fraktion gelangen

